

# **S t a d t H a a n**

Niederschrift über die

## **20. Sitzung des Rates der Stadt Haan**

am Dienstag, dem 09.04.2024 um 17:00 Uhr

in der Aula der städtischen Gesamtschule Haan, Walder Str. 15

Beginn:  
17:00

Ende:  
21:50

### **Vorsitz**

Bürgermeisterin Dr. Bettina Warnecke

### **CDU-Fraktion**

Stv. Dr. Edwin Bölke  
Stv. Annette Braun-Kohl  
Stv. Vincent Endereß  
Stv. Gerd Holberg  
Stv. Tobias Kaimer  
Stv. Jens Lemke  
Stv. Annette Leonhardt  
Stv. Klaus Mentrop  
Stv. Folke Schmelcher  
Stv. Rainer Wetterau

### **SPD-Fraktion**

Stv. Felix Blossey  
Stv. Walter Drennhaus  
Stv. Jörg Dürr  
Stv. Martin Haesen  
Stv. Marion Klaus  
Stv. Simone Kunkel-Grätz  
Stv. Jens Niklaus  
Stv. Bernd Stracke

### **WLH-Fraktion**

Stv. Barbara Kamm  
Stv. Meike Lukat  
Stv. Tessa Lukat  
Stv. Nadine Lütz  
Stv. Sonja Lütz  
Stv. Annegret Wahlers

### **GAL-Fraktion**

AM Lucio Dröttboom  
Stv. Nicola Günther  
Stv. Tabea Haberpursch  
Stv. Andreas Rehm

**FDP-Fraktion**

Stv. Michael Ruppert

**Fraktionslose Ratsmitglieder**

Stv. Harald Giebels

Stv. Monika Morwind

Stv. Ulrich Schwierzke

**Schriftführung**

StA Daniel Jonke

**1. Beigeordnete**

1. Beigeordnete Annette Herz

**Verwaltung**

StVD'in Doris Abel

StRD'in Andrea Kotthaus

StOVR Gerhard Titzer

StBR Martin Stolz

StA Kirsten Voosen-Reinhardt

StAR'in Anja Esser

TA Olaf Tödte

StHS'in Simone Herweg

StIA Aliena Gonsior

**Gäste**

Frau Susanne Frindt-Poldauf

Herr Alex Kutscher

Herr Albert Ritter

**Die Vorsitzende Dr. Bettina Warnecke** eröffnet um 17:00 Uhr die 20. Sitzung des Rates der Stadt Haan. Sie begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass ordnungsgemäß zu der Sitzung eingeladen wurde. Sie stellt die Beschlussfähigkeit fest.

### **Zur Tagesordnung:**

**Bgm'in Dr. Warnecke** schlägt vor, den TOP 10 bezüglich der Wohnbauflächenpotenziale von der Tagesordnung zu nehmen, da geplant sei, hierüber in einer Sondersitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Bau (SPUBA) ausführlich zu beraten.

*Hierüber herrscht einvernehmen unter den Mitgliedern des Rates.*

Da keine weiteren Anträge zur Tagesordnung vorliegen, lässt Bgm'in Dr. Warnecke über diese abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

## **Öffentliche Sitzung**

### **1./ Befangenheitsmitteilungen**

---

#### **Protokoll:**

**Stv. Braun-Kohl** erklärt sich zu TOP 7 „Unterbringung von Geflüchteten in Haan“ für befangen.

**Stv. Kaimer** teilt, ebenso wie im Haupt- und Finanzausschuss mit, dass er Miteigentümer eines Grundstückes am Neuen Markt sei, welches an das Grundstück des neuen Rathauses grenze.

*Eine Befangenheit des Stv. Kaimer wird jedoch seitens des Rates nicht gesehen, so dass dieser an der Beratung und Beschlussfassung teilnehmen kann.*

## **2./ Fragerecht für Einwohner\_innen**

---

### **Protokoll:**

Es liegen keine Einwohneranfragen vor.

## **3./ Bürgerbegehren der "Initiative zum Erhalt der Haaner Kirmes von Samstag bis Dienstag" Vorlage: 32/039/2024**

---

### **Protokoll:**

**Bgm'in Dr. Warnecke** verweist auf die Anfrage der WLH-Fraktion bezüglich eines möglichen Termins eines Bürgerentscheides und erläutert, weshalb sich die Verwaltung dazu entschlossen habe, den 07.07.2024 als möglichen Termin auszumachen und dieses nicht zusammen mit der Europawahl am 09.06.2024 durchführen könne.

**StRD'in Kotthaus** ergänzt, dass eine Ausschreibung für die Erstellung der Wahlunterlagen aufgrund des Auftragsvolumens europaweit erfolgen müsse. Ein entsprechender Antrag bei der Deutschen Post bezüglich der Zustellung von Wahlunterlagen müsse mindestens acht Wochen vorher eingereicht werden, so dass eine Zusammenlegung mit der Europawahl aufgrund der kurzen Zeit nicht möglich sei.

**Stv. Rehm** möchte wissen, ob der Beschluss auch bereits Auswirkungen auf die Spielzeiten der Haaner Kirmes in 2024 habe.

**StRD'in Kotthaus** teilt mit, dass ein Beschluss, entweder des Rates oder über einen Bürgerentscheid, sich auch bereits 2024 auswirken werde. Die Schaustellerbetriebe seien diesbezüglich in den Zulassungsbescheiden entsprechend über das noch offene Bürgerbegehren informiert worden.

**Stv. Giebels** halte es für unzumutbar den Wahltermin eines Bürgerentscheides zu den Spielzeiten einer Familienkirmes auf das erste Wochenende in den Sommerferien zu legen. Viele Familien seien da bereits im Urlaub und könnten daher an der Abstimmung nicht teilnehmen.

**Stv. Lemke** verweist hierzu auf die Möglichkeit der Briefwahl. Weiterhin bittet er um eine Sitzungsunterbrechung um dem anwesenden Vertreter der Schausteller die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben.

---

**Stv. Lukat** teilt mit, dass die WLH-Fraktion dem Bürgerbegehren zustimmen werde. Sie habe im letzten Jahr bereits bemängelt, dass der Beschluss zur Änderung der Spielzeiten seitens des Rates vorschnell und ohne ausreichende Beteiligung der Bürger\_innen gefasst worden sei. Der Beschluss eines Bürgerentscheides habe eine zweijährige Bindungswirkung innerhalb derer noch einmal in Ruhe diskutiert werden könne. Auch sie kritisiert den möglichen Termin für den Bürgerentscheid.

**Stv. Stracke** führt aus, dass sich die SPD-Fraktion im letzten Jahr gegen eine Verlegung der Spielzeiten ausgesprochen habe. Jedoch habe man die Diskussionen verfolgt und sei zu dem Schluss gekommen, die Haaner\_innen über einen Bürgerentscheid hierüber abstimmen zu lassen. Zwar sei der Termin unglücklich, jedoch sei durch die Möglichkeit der Briefwahl im Grunde niemand ausgeschlossen. Sollte es jedoch möglich sein, den Termin des Bürgerentscheides vorzuziehen, werde sich die SPD nicht dagegenstellen.

**Stv. Ruppert** erläutert, dass es auch innerhalb der FDP-Fraktion geteilte Meinungen bezüglich der Spielzeiten gäbe. Es gäbe viele sachliche Gründe, welche für eine Verlegung sprechen, während die Begründung gegen eine Verlegung eher auf Emotionen und Tradition beruhe. Dies ändere jedoch nichts an der Legitimität beider Meinungen.

**Bgm'in Dr. Warnecke** unterbricht die Sitzung von 17:28 – 17:38 Uhr um den anwesenden Präsidenten des Deutschen Schaustellerbundes, Herrn Ritter, sowie Herrn Kutscher, einem Vertreter der Bürgerinitiative die Möglichkeit zur Stellungnahme zu geben.

**Herr Ritter** (Deutscher Schaustellerbund e.V.) sowie **Herr Kutscher** (Bürgerinitiative zum Erhalt der Haaner Kirmes von Samstag bis Dienstag) geben ihre Stellungnahmen ab und werfen die Idee auf, die Spielzeit der Haaner Kirmes künftig von Freitag bis Dienstag auszuweiten.

**Stv. Stracke** teilt mit, dass die SPD-Fraktion einer Verlängerung der Spielzeit der Haaner Kirmes von Freitag bis Dienstag folgen könne, möchte jedoch von der Verwaltung wissen, ob dies möglich sei.

**Stv. Lukat** teilt mit, dass sich die WLH-Fraktion diesem Vorschlag ebenfalls anschließen könne, ansonsten jedoch dem Bürgerbegehren folge.

**Stv. Giebels** sieht aus formellen Gründen keine Hindernisse und würde sich dem Vorschlag ebenfalls anschließen.

**Stv. Kaimer** teilt für die CDU-Fraktion ebenfalls Zustimmung mit.

**Stv. Rehm** führt aus, dass sich die GAL-Fraktion dem grundsätzlich anschließen könne, gibt jedoch zu bedenken, dass die Haaner Einzelhändler\_innen hier durchaus benachteiligt werden könnten.

---

**Bgm'in Dr. Warncke** formuliert daraufhin einen neuen Beschlussvorschlag und teilt der Bürgerinitiative mit, dass diese hierfür ihren Antrag zurückziehen müssten, sofern sie diesem Beschlussvorschlag zustimmen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Beschluss des Rates zur Verlegung der Spieltage der Haaner Kirmes ab 2024 (Vorlage: 32-2/035/2023) vom 12.12.2023 wird aufgehoben.
2. Die Spieltage der Haaner Kirmes werden ab 2024 auf Freitag bis Dienstag, wobei der Dienstag noch in den September fallen muss, festgesetzt.

**Herr Kutscher** erklärt gemeinsam mit zwei weiteren Vertretern der Bürgerinitiative, dass diese ihren Antrag zur Verlegung der Spielzeiten der Haaner Kirmes unter dem Vorbehalt des soeben vorgetragenen Beschlussvorschlages und dessen mehrheitlicher Zustimmung durch den Rat der Stadt Haan zurückziehen.

**Beschluss:**

1. Der Beschluss des Rates zur Verlegung der Spieltage der Haaner Kirmes ab 2024 (Vorlage: 32-2/035/2023) vom 12.12.2023 wird aufgehoben.
2. Die Spieltage der Haaner Kirmes werden ab 2024 auf Freitag bis Dienstag, wobei der Dienstag noch in den September fallen muss, festgesetzt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

#### **4./ Kindertagesstättenbedarfsplanung Fortschreibung für das Kindergartenjahr 2024/2025 Vorlage: 51/092/2024**

---

##### **Beschluss 1:**

Der Rat stimmt der vorgelegten Kindertagesstättenbedarfsplanung für das Kindergartenjahr 2024/2025 (1. August 2024 bis 31. Juli 2025, Anlage 1) als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII, vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 24 und § 38 Kinderbildungsgesetz NRW, zu.

1. Um einen regelmäßigen Überblick zur aktuellen Personalsituation in den Kindertageseinrichtungen zu erhalten, beschließt der JHA die fortwährende Thematisierung von Personalthematiken der Kindertageseinrichtungen im Rahmen der AG 78.
2. Zur Vermeidung einer möglichen Unterbelegung bzw. einer daraus folgenden Finanzierungslücke wird weiterhin eine fortlaufende Berichterstattung zur Belegungssituation in den Kindertagesstätten und Kindertagespflegestellen durch die Verwaltung im JHA vorgenommen.
3. Um den Zugang zu den Kindertageseinrichtungen und zur Kindertagespflege für geflüchtete Kinder zu erleichtern, erarbeitet die Jugendhilfeplanung Maßnahmen, um relevante Informationen zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen bedarfsgerecht und niederschwellig bereitzustellen.
4. Zur Erfassung der Betreuungsbedarfe der Familien mit neugeborenen Kindern prüft die Verwaltung, inwiefern eine Abfrage der Betreuungsbedarfe im Rahmen der Babybegrüßungen umgesetzt werden kann.

##### **Beschluss 2:**

Der Rat stimmt der vorgelegten Detailaufschlüsselung Meldeplätze für das Kindergartenjahr 2024/2025 (1. August 2024 bis 31. Juli 2025, Anlage 2) als Ergebnis der Jugendhilfeplanung nach § 80 SGB VIII, vorbehaltlich der Zustimmung des Landes und der Zuschussgewährung nach § 24 und § 38 Kinderbildungsgesetz NRW, zu.

1. Der Rat nimmt die Detailaufschlüsselung (s. Anlage) der zu meldenden Kinderbetreuungsplätze zur Kenntnis und beschließt die Meldung gegenüber dem LVR.

2. Der Rat beschließt, dass die Verwaltung künftige geringe Abweichungen (Umwandlung von Stundenumfängen sowie Umwandlungen von U3- und Ü3-Plätzen) in der Kitabedarfsplanung eigenständig vornehmen und gegenüber dem LVR melden darf.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

**5./ Maßnahmenplan Kinderfreundliche Kommune  
Vorlage: 51/093/2024**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan stimmt dem Aktionsplan für das Projekt Kinderfreundliche Kommune in der Fassung laut „Anlage 2: Aktionsplan\_NEU“ zu.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

**6./ Bericht über die Seniorengerechte Quartiersentwicklung  
Vorlage: 50/037/2024**

---

**Beschluss:**

Der Sachstandsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## 7./ Unterbringung von Geflüchteten in Haan Vorlage: II/053/2024

---

### Protokoll:

**Stv. Lukat** erläutert den Antrag der WLH-Fraktion und wirbt dafür, diesem zuzustimmen. Es müsse verhindert werden, dass nochmals eine Sporthalle geschlossen werden müsse. Die Lösung bezüglich der Kampheider Straße halte die Fraktion weder für ökonomisch noch ökologisch.

**1. Bgo. Herz** erläutert, dass die Verwaltung eine langfristige und damit auch wirtschaftliche Lösung anstrebe. Die Verwaltung rechne mit ca. 200 Geflüchteten mehr pro Jahr, welche untergebracht werden müssten.

**Stv. Lemke** führt aus, dass die CDU-Fraktion die Ziffer 2 des Beschlussvorschlages der WLH-Fraktion ablehne.

**Stv. Rehm** erkundigt sich nach dem Sachstand der Container am Neandertalweg, welche an die Ellscheider Straße gebracht werden sollten.

**1. Bgo. Herz** teilt mit, dass dies seit langem geplant, jedoch bisher nicht umgesetzt werden konnte. Es sei jedoch im Projektplan des Gebäudemanagements weiterhin enthalten.

**Stv. Lukat** verweist auf das Schreiben des Finanzministeriums vom 05.12.2023 bezüglich des Direkterwerbs der Landesfinanzschule und zitiert hieraus. Die WLH-Fraktion setze sich dafür ein, dort Geflüchtete unterzubringen, weshalb ein Direkterwerb nach § 15 Abs. 3a HHG möglich sein sollte.

**Bgm'in Dr. Warnecke** weist darauf hin, dass die Unterbringung von Geflüchteten dort nicht „weit überwiegend“ geplant und möglich sei, weil das Land das gesamte Gelände betrachtet und das Haus Westfalen im Verhältnis zur Gesamtfläche diese Tatbestandsvoraussetzung nicht erfüllt.

**1. Bgo. Herz** ergänzt, dass die durch das Land geforderte „überwiegende“ Unterbringung in der vorhandenen Liegenschaft nicht möglich sei, da das Haus Rheinland abgängig und mit wirtschaftlichem Mitteleinsatz nicht zu ertüchtigen sei.

*Die WLH-Fraktion hat Ziffer 2 ihres Beschlussvorschlages (siehe Antrag der WLH-Fraktion vom 18.03.2024) in dieser Sitzung zurückgezogen. Der Sachverhalt soll im nächsten Sitzungslauf im Mai / Juni 2024 erneut behandelt werden.*

### **Ziffer 2 Beschlussvorschlag WLH-Fraktion:**

Die Verwaltung wird beauftragt zum Direkterwerb des Areals LFS nach den Vorgaben des Landes, dass das Areal auf einen Zeitraum von 25 Jahren ausschließlich kommunal genutzt wird, u.a. für Verwaltungseinheiten (so aktuell das Seminargebäude), und die Unterbringung von Asylbewerbern

---

(einstimmiger Ratsbeschluss vom 25.10.2022 zur Ertüchtigung Haus Westfalen).

Die dafür notwendigen Finanzmittel werden im HH 2024 berücksichtigt.

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt auf dem öffentlichen Parkplatz Rheinische Straße die maximal mögliche Containeranlage zur temporären Unterbringung von Geflüchteten zu errichten. Die Finanzmittel zum Ankauf der Containeranlage wird im HH2024 berücksichtigt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vergabe des Neubaus einer Unterkunft für Geflüchtete auf dem städtischen Grundstück Kampheider Str. an einen Totalunternehmer auf der Basis des Ratsbeschlusses vom 25.10.2022 (Vorlage II/027/2022) auf Priorität 1 im Projektplan hochzustufen und mit der Bearbeitung zu beginnen, sobald eine entsprechende Personalressource im Amt für Gebäudemanagement verfügbar ist.

**Abstimmungsergebnisse:**

**zu 1.**

einstimmig beschlossen

31 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen / 1 befangen

**zu 2.**

mehrheitlich beschlossen

16 Ja / 15 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen / 1 befangen

Die Stv. Braun-Kohl hat sich im Vorfeld für befangen erklärt. Sie hat daher an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

**8./ Neubau des Rathauses der Stadt Haan  
hier: Wirtschaftlichkeitsuntersuchung 2024  
Vorlage: 65/060/2024**

---

**Protokoll:**

**Stv. Lukat** verweist auf den Änderungsantrag der WLH-Fraktion vom 22.03.2024 (siehe Ratsinformationssystem) und erläutert diesen.

---

**Stv. Ruppert** erläutert, dass die FDP-Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen könne. Vor drei Jahren sei ein Kostenrahmen von unter 30 Mio. Euro genannt worden. Dann seien die Kosten auf ca. 43 Mio. Euro angestiegen. Er vermute, dass die Kosten auch auf ca. 80 Mio. Euro ansteigen könnten. Die vorgeschlagene Lösung, lediglich zwei der drei geplanten Gebäude zu errichten bringe auch gerade einmal eine Kostenersparnis von ca. 5 %. Zudem äußert er Kritik an dem geplanten Standort und weist darauf hin, dass in den angesetzten 43 Mio. Euro noch nicht die Ausgestaltung der Räumlichkeiten enthalten sei. Grundsätzlich sei die FDP-Fraktion zwar für ein neues Rathaus, jedoch nicht in der dargelegten Form.

**Stv. Rehm** erinnert daran, dass die GAL-Fraktion bereits vor einem Jahr darauf hingewiesen habe, dass es eine Alternativplanung geben müsse, sofern die Kosten des Bauprojektes zu stark steigen. Er verweist hierzu auch auf den abgelehnten Antrag der GAL-Fraktion, das Rathaus auf einem Grundstück im Technologiepark zu errichten und das historische Rathaus weiterhin als Anlaufstelle für die Bürger\_innen weiter zu nutzen. Er mahnt an, dass das dritte Gebäude in 10 Jahren sicherlich nicht günstiger als heute errichtet werden könne. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung könne die GAL-Fraktion daher nicht zustimmen. Hierbei hinterfrage die GAL-Fraktion jedoch nicht den benötigten Raumbedarf der Verwaltung, weshalb sie dem Antrag der WLH-Fraktion ebenfalls ablehne.

**Stv. Stracke** führt aus, dass alle Bauprojekte in den letzten Jahren teurer geworden seien. Man sei in den Planungen des neuen Rathauses bereits sehr weit. Auch sei die Verwaltung stets verantwortungsvoll und transparent mit dem Thema umgegangen. Auch die Möglichkeit des Homeoffice und des Desksharings sei bereits in den Raumbedarfen enthalten. Bezüglich des Standortes vertrete die SPD-Fraktion die Meinung, dass ein Rathaus in die Innenstadt gehöre.

**Stv. Lemke** erinnert daran, dass die Standortentscheidung damals vom Rat einstimmig getroffen worden sei. Sicherlich seien die Kosten gestiegen, dies sei jedoch bei allen Bauprojekten der Fall. Auch die höheren Stellenbedarfe der vorherigen Jahre habe der Rat, zumindest mehrheitlich, beschlossen. Die Verwaltung habe bereits das Raumprogramm so weit wie möglich verkleinert. Er verweist darauf, dass die Alternative zu einem Neubau die Sanierung der Altbestände sei, welche jedoch, unterstrichen durch die erneute Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, die teuerste und somit unwirtschaftlichste Lösung sei. Zudem würde dies das Problem, dass die Verwaltung an zig verschiedenen Standorten im Stadtgebiet verstreut sei, nicht beheben. Die CDU-Fraktion werde daher dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen.

**Stv. Lukat** verweist auf die Ziffer 4 des Beschlussvorschlages. Sollte der Rat den Beschluss aufheben, müssten die entsprechenden Kosten im Haushalt eingepreist werden. Sie möchte daher wissen, welche finanziellen Auswirkungen dies habe.

**Bgm'in Dr. Warnecke** erläutert, dass sich das Projekt derzeit noch in Leistungsphase 2 befinde. Eine Kostenberechnung erfolge erst nach Leistungsphase 3. Dann würden die entsprechenden Kosten auch im Haushalt eingepreist.

---

*Bgm'in Dr. Warnecke lässt im Anschluss an die Diskussion zunächst über den Antrag der WLH-Fraktion vom 22.03.2024 (siehe Ratsinformationssystem) abstimmen.*

**Abstimmungsergebnis zum Antrag der WLH-Fraktion:**

mehrheitlich abgelehnt

6 Ja / 24 Nein / 2 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**Beschluss:**

- 1) Der Rat der Stadt Haan nimmt die überprüfende Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der drei Varianten für den „Neubau Rathaus Haan mit VHS und Stadtarchiv“ incl. der aktualisierten Schätzungen des jeweiligen Gesamtinvestitionsvolumens zur Kenntnis.
- 2) Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Vorplanung (LPH 2 HOAI) Planstand SPUBA 21.09.2023 des Rathausneubaus am unteren neuen Markt nach dem Verzicht auf die Nutzung von Räumlichkeiten durch die Fraktionen im Rahmen der Entwurfsplanung (LPH 3 HOAI) so planen zu lassen, dass zunächst nur die Häuser I und II, einschließlich Anbindung an die Tiefgarage Schillerstraße geplant und gebaut werden (Variante 2) und hierfür einen Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss vorzulegen.  
Die aktualisierte Kostenschätzung hierfür beträgt 53,43 Mio (ohne: Grundstückskosten, Maßnahmen Windhövelplatz und Einmündungen Kaiserstraße, Umzüge, Möblierung, IT-Ausstattung und TK Endgeräte, Kunst am Bau / Kunstwerke, Projekt „Teilsanierung Denkmal historisches Rathaus“)  
Für das laufende B-Plan-Verfahren bleibt die Vorplanung Planstand 21.09.2023 weiterhin Grundlage.
- 3) Die Verwaltung wird beauftragt, das Projekt „Teilsanierung Denkmal historisches Rathaus“ im Projektplan so zu priorisieren, dass mit Beginn der Ausführung des Neubaus die Planung hierfür startet.
- 4) Die Ziffer 2 des Beschlusses des Rates vom 11.05.2021 *„Für die bauliche Umsetzung des Rathausneubaus wird ein Kostenrahmen in Höhe von 42,8 Mio € freigegeben.“* wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

19 Ja / 13 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**9./ Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD und CDU  
Vorlage: WTK/052/2024**

---

**Beschluss:**

- 1.)  
Der geplante Rathausneubau erhält die postalische Adresse Emil-Barth-Platz 1.
- 2.)  
Die Stadtbücherei Haan wird in Emil-Barth-Stadtbücherei Haan umbenannt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen  
28 Ja / 0 Nein / 4 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**10./ Öffentlichkeitsbeteiligung- Wohnbauflächenpotenziale  
hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 16.03.2024**

---

**Beschluss:**

Der TOP wurde von der Tagesordnung genommen. Eine Beratung und Beschlussfassung fanden daher nicht statt.

**11./ Sachstand zur Initiative „Lebenswerte Städte und Gemeinden“ - Tempo 30  
demnächst auch auf Haaner Hauptverkehrsstraßen?  
hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 11.03.2024**

---

**Beschluss:**

Nach Erläuterung der Verwaltung, dass dem Antrag aus rechtlicher Sicht nicht entsprochen werden kann, wird der Antrag seitens der WLH-Fraktion zurückgezogen.

**12./ 5. Änderung der Satzung über die Benutzung der Sportstätten der Stadt Haan**  
**Vorlage: 40/044/2023/1**

---

**Beschluss:**

- 1./ Die Neufassung der Satzung der Stadt Haan über die Benutzung der Sportstätten in Haan wird in der Fassung der Anlage 1 zu dieser Beratungsvorlage beschlossen.
- 2./ Die als Anlage 2 vorgelegte Sportstättenordnung (Verhaltensregeln) wird zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen  
30 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 3 nicht teilgenommen

**13./ Satzung der Stadt Haan über die Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Waldfriedhof 2024; hier Antrag der Fraktion WLH**  
**Vorlage: 60/056/2023/1**

---

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Bewirtschaftungskosten des Waldfriedhofs gesenkt werden können. Maßgeblich soll geprüft werden, ob Teile des Waldfriedhofs herausgenommen und an Dritte, beispielsweise für die Anlage eines Tierfriedhofs, verpachtet werden können.
2. Die Satzung der Stadt Haan über die 9. Änderung der Gebührensatzung für den städtischen Waldfriedhof in Haan (Friedhofsgebührensatzung) wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Die Satzung tritt zum 01.05.2024 in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen  
30 Ja / 0 nEin / 0 Enthaltungen / 3 nicht teilgenommen

**14./ Satzung der Stadt Haan über die 7. Änderung der Gebührensatzung für den Rettungs- und Krankentransport der Stadt Haan**  
**Vorlage: 60/065/2024**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan beschließt, vorbehaltlich einer Einigung mit den Krankenkassen, die Satzung über die 7. Änderung der Gebührensatzung für den Rettungs- und Krankentransportdienst der Stadt Haan.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen  
30 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 3 nicht teilgenommen

**15./ Vergnügungssteuersatzung 2024**  
**Vorlage: 20/099/2023**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan beschließt die als Anlage beigefügte Neufassung der Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Haan (Vergnügungssteuersatzung) zum 01.05.2024.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen  
30 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 3 nicht teilgenommen

**16./ Änderung der Kirmesgebührensatzung 2024**  
**Vorlage: 60/064/2024**

---

**Beschluss:**

Die Satzung zur 8. Änderung der Satzung der Stadt Haan über die Erhebung von Gebühren aus Anlass der Haaner Kirmes (Kirmesgebührensatzung) wird in der Fassung der Anlage 1 mit folgenden Änderungen beschlossen:

**§ 2 Satzungsänderungen**

§ 1 Abs. 1 S. 1 erhält folgenden Wortlaut: Die Stadt Haan erhebt von den Teilnehmenden an der Haaner Kirmes, die sie jährlich von Freitag bis Dienstag um den vierten Sonntag im September als öffentliche Einrichtung veranstaltet, Standgebühren als Benutzungsgebühren.

**§ 3 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen  
32 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**17./ Verkaufsoffener Sonntag 2024**  
**Vorlage: WTK/056/2024**

---

**Beschluss:**

Die Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass im Jahr 2024 wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen  
23 Ja / 8 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

**18./ Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung des Marktwesens in der Stadt Haan vom 12.01.1989**  
**Vorlage: 32/038/2024**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung des Marktwesens in der Stadt Haan.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen  
32 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**18. Änderung der Wochenmarktsatzung**  
**1./ hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 14.12.2023**

---

**Protokoll:**

Der Antrag hat sich mit Beschluss zu TOP 18 erledigt und ist daher nur noch zu Informationszwecken aufgeführt.

**19./ Wahl einer stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsbezirk II (West/ Mitte)**  
**Vorlage: 32/036/2024**

---

**Beschluss:**

Herr Andreas Seel wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsbezirk II (West/Mitte) der Stadt Haan gewählt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen  
32 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

## **20./ Projektplan mit Sachstandsbericht des Amtes für Gebäudemanagement Vorlage: 65/059/2024**

---

### **Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Haan nimmt die Vorlage – Projektplan mit Sachstandsbericht des Amtes für Gebäudemanagement (Stand 31.01.2024 - s. Anlagen) zur Kenntnis.
2. Der Rat stimmt den von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen der im Projektplan festgehaltenen Priorisierung der Maßnahmen zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

26 Ja / 6 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

## **21./ Projektplan städtische Bauprojekte hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 18.12.2023**

---

### **Protokoll:**

**Stv. Lukat** erläutert und wirbt für den Antrag der WLH-Fraktion.

**Stv. Rehm** führt aus, dass es wenig Sinn mache, über den gesamten Projektplan zu debattieren. Stattdessen sollten gezielte Anträge zu den jeweiligen Bauprojekten gestellt werden. So könne der Fachausschuss und auch der Rat fokussierter beraten und beschließen.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt einen Projektplan zu erstellen, in dem die Bauprojekte mit personellen und finanziellen Mitteln eingestellt sind, welche aufgrund gesetzlicher Vorgaben und aufgrund Schadstoffbelastungen zeitnah umgesetzt werden müssen. Für diese Projekte sind die Projektphasen zu terminieren.

Bei allen weiteren Projekten wird dem HFA und Rat eine Entscheidungsvorlage erstellt, welche deren Realisierungsmöglichkeit mit personellen und finanziellen Notwendigkeiten aufzeigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

7 Ja / 26 Nein / 0 Enthaltungen

**22./ Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement**  
**- Empfehlungen zum Personalbedarf**  
**- Allgemeine Handlungsempfehlungen**  
**Vorlage: 10/150/2023**

---

**Beschluss:**

1. Der Rat nimmt die Ergebnisse der externen Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement laut Anlage zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Empfehlungen zum Personalmehrbedarf in den Stellenplan 2024 ff in modifizierter Form wie folgt einzubauen und umzusetzen:

In der Abteilung 65-1 (Kaufmännisches/Infrastrukturelles Gebäudemanagement):

**a) gestrichen**

b) Die Stelle „Archivierung, Digitalisierung“ (65/17) wird umgewandelt in eine Stelle „Kaufmännisches Gebäudemanagement“.

In der Abteilung 65-2 (Technisches Gebäudemanagement):

c) In Abweichung von den Empfehlungen wird eine neue Stelle „Projektleitung“ nicht geschaffen.

d) Die Stelle 65/12 „Bauwerk/Technische Anlagen/Elektro-/Förderanlagen“ wird in eine Stelle „Koordination Bauunterhalt“ umgewandelt und von EG 10 auf EG 11 angehoben.

e) Es wird eine neue Vollzeitstelle Elektrotechniker (EG 10) für die Aufgaben der Inspektion, Wartung/Prüfung, Störfallbeseitigung elektrischer Anlagen, Förderanlagen, Brandschutzeinrichtungen eingerichtet.

f) Es wird eine neue Vollzeitstelle (EG 10) für die Aufgaben der Inspektion, Wartung/Prüfung, Störfallbeseitigung der befestigten Außenanlagen eingerichtet.

**3. gestrichen**

4. Das Amt für Gebäudemanagement wird beauftragt, die allgemeinen Handlungsempfehlungen der Organisationsuntersuchung so schnell wie möglich umsetzen und hierzu nach erfolgreicher Realisierung im SPUBA zu berichten.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen  
32 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

- 22. Personalbedarf Hausmeister im Gebäudemanagement**  
**1./ hier: Ergänzungsvorlage zur Vorlage „Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement“ (Vorlage: 10/150/2023)**  
**Vorlage: 10/150/2023/1**
- 

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan spricht sich gegen die von der BSL-Managementberatung GmbH empfohlene Reduzierung von Hausmeisterstellen i.H.v. 2,56 VZÄ aus.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen  
32 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

- 22. Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement**  
**2./ - Maßnahmenplan**  
**Vorlage: 10/150/2023/2**
- 

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Umsetzung der Empfehlungen aus der Organisationsuntersuchung des Amtes für Gebäudemanagement zur Kenntnis. Konkrete Beschlussempfehlungen sind in den Vorlagen Nr. 10/150/2023 und 10/150/2023/1 enthalten.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

## 23./ Fortschreibung Gleichstellungsplan für die Jahre 2024 bis 2029 Vorlage: GSB/005/2024

---

### Protokoll:

**Stv. Leonhardt** merkt an, dass die CDU-Fraktion den Gleichstellungsplan gerne zunächst im Fachausschuss beraten hätte. Sie halte den Plan aber für gut ausgearbeitet, so dass sie diesem auch so zustimmen könne. Sie bedankt sich bei der Gleichstellungsbeauftragten der Verwaltung, Frau Kregel für die gute Arbeit.

**Stv. Kunkel-Grätz** stimmt dem zu und bedankt sich ebenfalls für den Gleichstellungsplan.

**Stv. Lukat** merkt an, dass der Gleichstellungsplan im Vorfeld ja bereits mit der Personalverwaltung und dem Personalrat abgestimmt wurde. Insofern benötige die WLH-Fraktion nicht zwingend eine Beratung im Ausschuss.

**Stv. Rehm** regt zukünftig eine Beratung im Ausschuss für Soziales, Integration und Generationen an, da eine erstmalige Beratung und Beschlussfassung im Rat dafür sorgen könne, dass ein solch wichtiges Thema nicht genügend Berücksichtigung finde.

### Mitteilung der Gleichstellungsbeauftragten zu Protokoll:

Die Anzahl der Telearbeitsplätze beträgt in Summe zum Stichtag der Datenerhebung im letzten Jahr **123 Plätze**. Die Angabe der 121 Plätze ist damit nicht richtig. Die Zahl heute ist allerdings auch schon wieder auf 135 Plätze gestiegen. Daran lässt sich erkennen, dass ein kontinuierlicher Zuwachs besteht.

Weiter möchte ich mitteilen, dass aus meiner Sicht der DOPA der Fachausschuss wäre, in denen die Maßnahmen des Gleichstellungsplanes besprochen werden könnten. Der Sozialausschuss ist nach meinem Empfinden hierfür der falsche Ausschuss. Im Sozialausschuss berichte ich zu den Themen im Arbeitsfeld „Gewaltschutz“, welches sich auch auf den internen und externen Bereich erstreckt. An dieser Berichterstattung ändert sich natürlich nichts, die wird es weiterhin geben.

Gem. § 5 Abs. 4 LGG NRW ist der Gleichstellungsplan durch die Vertreter:innen der kommunalen Körperschaft zu **beschließen**, in Haan ist das zuständige Vertretungsorgan der Rat. Deshalb wurde die Fortschreibung von mir eben nicht vorab in den Fachausschuss zur Beratung gegeben. Gleichwohl kann der Rat diese Aufgabe auf den Fachausschuss übertragen. Das haben die Fraktionen am Dienstag ja jetzt auch so vereinbart. Was ich noch nicht ganz verstanden habe, ist die Frage, was im Fachausschuss passieren soll. Wenn der Fachausschuss inhaltlich an der Fortschreibung mitwirken möchte, meine ich, könnte das evtl. zu weit gegriffen sein. Anregungen und Vorschläge sind sicherlich immer willkommen, eine weitreichende Mitwirkung der

---

Kommunalpolitiker kann es aus meiner Sicht nicht geben. Insbesondere weil gem. § 5 Abs. 10 LGG die Personalentwicklung Sache der Dienststelle ist. Meiner Meinung nach liegt die Verantwortung des Rates bei der **Überprüfung** der Zielerreichung. Wir können es auf uns zukommen lassen und im konkreten Fall überlegen, ob das zu weit geht oder eben nicht. Der Rat hat selbstverständlich gem. § 5 Abs. 7 LGG NRW alle zwei Jahre einen Anspruch auf Berichterstattung. Die Erklärung, warum ich diesen Anspruch bisher nicht erfüllt habe, liegt darin begründet, dass der Bericht nicht von der Politik eingefordert wurde. Zugebenermaßen muss ich gestehen, dass ich davon ausgegangen bin, dass vermutlich kein Interesse an dem Bericht besteht, weshalb ich in meiner eigenen Priorisierung der zu erledigenden Aufgaben mir diese Arbeit aufgrund der hohen Arbeitsauslastung und wegen der Dringlichkeit anderer Aufgaben eingespart habe. Natürlich freue ich mich über das Interesse der Politik und werde gerne berichten. Das nächste Mal wäre es dann im Jahr 2026, meiner Meinung nach im Fachausschuss für Digitalisierung, Organisation, Personal und Controlling. Wenn diesem Vorschlag nicht gefolgt wird, auch in jedem anderen Ausschuss.

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan stimmt dem Gleichstellungsplan der Stadt Haan 2024 bis 2029 zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

### **24./ Stellenplan 2024**

**hier: Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplans**

**Vorlage: 10/157/2024**

---

### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan stimmt der Aufnahme von 3,0 VZÄ Notfallsanitäter\_in (N 8) und 2,0 VZÄ Rettungssanitäter\_in (EG 6) aufgrund der Anpassung des Rettungsdienstbedarfsplans zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

**25./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024**  
**hier: Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung / Wegfall von**  
**Stellenanteilen mit Stellenplan 2024**  
**Vorlage: 10/156/2024**

---

**Protokoll:**

**zu 2.**

**Stv. Ruppert** merkt an, dass der Stellenplan in den letzten Jahren im Durchschnitt um ca. 8% gewachsen sei. Den Beschlussvorschlag der Verwaltung diese Stelle zu streichen, unterstütze er daher.

**Stv. Rehm** führt aus, dass die Stelle mit Fördermitteln finanziert werde. Das Klima verändere sich, daher bedarf es jeder Unterstützung.

**zu 3.**

**Stv. Rehm** verweist auf die Beratungen im Jugendhilfeausschuss, nach denen es einen Ersatz seitens der Caritas für die wegfallende Stelle geben werde. Insofern könne der Streichung zugestimmt werden.

**zu 7.**

**Stv. Blossy** erläutert, dass diese Stelle eine Investition in die Zukunft der Haaner Kinder und Schulen sei, weshalb die SPD-Fraktion dafür plädiere, diese Stelle im Stellenplan zu belassen.

**zu 8.**

**Stv. Stracke** verweist auf die Empfehlungen aus der Organisationsuntersuchung des Gebäudemanagements. Die SPD-Fraktion möchte diesen folgen und spreche sich daher gegen eine Streichung der Stelle aus.

**zu 10.**

**Stv. Lukat** merkt an, dass die Stadt in dem Bereich viel fremd vergeben hätte. Nach Auffassung der WLH-Fraktion solle hierbei eher auf eigene Kräfte gesetzt werden.

---

**Beschluss:**

1. Die vakante Stelle „Freiraumplaner/in“ wird aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
2. Die vakante Stelle „Klimaanpassungsmanager/in“ wird aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
3. Die Stellenanteile für die aufsuchende Jugendarbeit werden aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
4. Ein Stellenanteil für Erzieherinnen wird aus dem Stellenplan 2024 gestrichen. Die Verwaltung erhält einen Prüfauftrag über die mögliche Aufstockung der Stellensituation um plus 1, um zwei PIA-Stellen vorzuhalten.
5. Die Stelle 50/24 (Sachbearbeitung Wohngeld; 1,0 VZÄ) wird aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
6. 2,7 VZÄ im Kommunalen Ordnungsdienst (Stellennummern: 32/23, 32/24 und 32/25) sowie 1,0 VZÄ im Außendienst (Stellennummer: 32/6) werden aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
7. 1,5 VZÄ in der Schulsozialarbeit werden aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
8. Eine Stelle Projektingenieur\_in (1,0 VZÄ) wird aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.
9. Die Stelle Sachbearbeitung Grundstücksverkehr, Verwaltung wird um 0,2 VZÄ reduziert.
10. Bei den Reinigungskräften werden 0,7 VZÄ aus dem Stellenplan 2024 gestrichen.

**Abstimmungsergebnisse:****Zu 1.**

einstimmig beschlossen

**Zu 2.**

mehrheitlich abgelehnt

15 Ja / 18 Nein / 0 Enthaltungen

**Zu 3.**

einstimmig beschlossen

**Zu 4.**

einstimmig beschlossen

**Zu 5.**  
einstimmig beschlossen

**Zu 6.**  
einstimmig beschlossen

**Zu 7.**  
mehrheitlich abgelehnt  
10 Ja / 19 Nein / 4 Enthaltungen

**Zu 8.**  
mehrheitlich abgelehnt  
15 Ja / 18 Nein / 0 Enthaltungen

**Zu 9.**  
einstimmig beschlossen

**Zu 10.**  
mehrheitlich beschlossen  
20 Ja / 11 Nein / 2 Enthaltungen

---

**26./ Stellenplan der Stadt Haan für das Jahr 2024**  
**Vorlage: 10/136/2023**

---

**Protokoll:**

**Stv. Ruppert** kritisiert, dass der Stellenzuwachs in den letzten 5 Jahren ca. 50% betrage. Aus Sicht der FDP-Fraktion bestehe gerade hier großes Potenzial Kosteneinsparungen vorzunehmen. Die FDP-Fraktion werde dem Stellenplan daher nicht zustimmen.

**Stv. Lukat** führt aus, dass die WLH-Fraktion dem Stellenplan ebenfalls nicht zustimmen werde.

**Stv. Lemke** erläutert für die CDU-Fraktion, dass diese dem Stellenplan zustimmen könne.

**Stv. Stracke** signalisiert ebenfalls die Zustimmung seitens der SPD-Fraktion.

**Beschluss zu Überstunden Feuerwehr und Rettungsdienst:**

Die Auszahlung der anfallenden Überstunden im Brandschutz sowie im Krankentransport und Rettungsdienst wird unbefristet verlängert.

---

**Beschluss zum Stellenplan:**

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024 wird entsprechend dem in Anlage 1 beigefügten Verwaltungsentwurf verabschiedet.

Den personalwirtschaftlichen und organisatorischen Maßnahmen nach Ziffer 2.7 wird zugestimmt.

Überstunden sind nur gegen Freizeitausgleich zu genehmigen. Ausnahmen können mit Zustimmung des Rates zugelassen werden (Beschluss des Rates vom 12.05.2015, TOP 9.2.2).

**Abstimmungsergebnisse:**

**Zu den Überstunden der Feuerwehr und des Rettungsdienstes**  
einstimmig beschlossen

**zum Stellenplan 2024**  
mehrheitlich beschlossen  
23 Ja / 8 Nein / 2 Enthaltungen

**27./ Haushaltsplanberatungen 2024**  
**Vorlage: 20/109/2023/1**

---

**Protokoll:****Hinweis:**

*Für die einzelnen Veränderungsanträge wird auf die Vorlage 20/109/2023/1 im Ratsinformationssystem verwiesen. Die Beschlüsse sind nachfolgend gem. der Arbeitsunterlage der Kämmerei aufgeführt. Diese ist ebenfalls in der o.g. Vorlage einsehbar.*

**1. Block: Veränderungsanträge, die in einem separaten TOP behandelt wurden**

*Siehe entsprechenden Hinweis in der Arbeitsunterlage und Beschluss zum jeweiligen TOP.*

**2. Block: Veränderungsanträge, die ohne Auswirkung auf den Haushalt 2024 sind**

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

---

**3. Block: alle einstimmig beschlossenen Veränderungsanträge (mit und ohne Enthaltungen)****Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

**4. Block: alle bislang nicht beratenen Anträge****P06 – Antrag der SPD-Fraktion: Umgestaltung Außenanlage Schulzentrum**

**Stv. Dürr** erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

**Stv. Wahlers** merkt an, dass der Antrag eher etwas für den Ausschuss für Bildung und Sport (BSA) sei. Es seien noch finanzielle Mittel vorhanden, weshalb die Außenanlage der Gesamtschule weiterhin erneuert werde.

**Stv. Rehm** führt aus, dass jedoch auch genügend finanzielle Mittel vorhanden seien müssten. Er bittet daher die Verwaltung um eine Stellungnahme.

**Stv. Stracke** bestätigt, dass im BSA bereits hierüber gesprochen worden sei. Jedoch habe bisher noch keine Diskussion im Rahmen der Haushaltsplanberatungen stattgefunden.

**1. Bgo. Herz** erklärt, dass die finanziellen Mittel aus dem letzten Jahr noch zur Verfügung stünden. Sie könne jedoch nicht versprechen, dass alle Maßnahmen bereits in diesem Jahr umgesetzt werden könnten. Die Verwaltung spreche sich aber für den Antrag aus.

**Stv. Lukat** erläutert, dass die WLH-Fraktion davon ausgegangen sei, dass die damals bewilligten finanziellen Mittel ausreichend seien. Der geforderte Betrag käme hierzu noch oben drauf. Sofern diese zwingend notwendig seien, werde die WLH ebenfalls ihre Zustimmung geben, jedoch dürfe dies nicht dazu führen, dass andere Maßnahmen dadurch nicht umgesetzt werden.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

31 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

---

**P07 – Antrag der WLH-Fraktion: Einrichtung digitaler Bürgerbeteiligung**

Nach Erläuterungen der Verwaltung erklärt die WLH-Fraktion, dass sich der Antrag erledigt habe und zieht diesen zurück.

---

**5. Block: alle mehrheitlich beschlossenen Anträge****Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich angenommen  
26 Ja / 7 Nein / 0 Enthaltungen

**6. Block: alle in den Fachausschüssen abgelehnten Anträge****P02 – Antrag der GAL-Fraktion: Hebesatzanpassung Gewerbesteuer**

**Stv. Rehm** erläutert den Antrag der GAL-Fraktion und wirbt dafür diesem zuzustimmen. Eine Anhebung der Grundsteuer B würde nicht nur die Eigentümer, sondern über die Miete bzw. die Nebenkosten auch auf Mieter umgelegt. Auch mit Blick auf die ohnehin bereits vorhandenen Preissteigerungen in allen Bereichen würden besonders Geringverdiener darunter leiden. Die Gewerbesteuer sei dahingegen seit 2015 nicht verändert worden, weshalb die GAL-Fraktion der Meinung sei, dass es an der Zeit sei, dies zu ändern.

**StVD'in Abel** teilt mit, dass die bisherigen Berechnungsgrundlagen verfassungswidrig gewesen seien, weshalb bei der Grundsteuer viele davon profitiert haben. Diese Verfassungswidrigkeit werde mit der Grundsteuerreform behoben. Lediglich die Gewerbesteuer anzuheben könne den Eindruck erwecken, dass die Gewerbetreibenden für alles aufkommen müssten, was ein schlechtes Signal gegenüber dieser Gruppe darstellen würde, zumal auch die kleinen Gewerbe davon betroffen seien.

Bezüglich der Einnahmen durch die Gewerbesteuer sehe die Verwaltung kein Problem, hier stehe man im Vergleich gut dar. Als Kämmerin empfehle sie daher, nicht den Ast abzusägen, auf dem man sitze und die Wirtschaft nicht mehr zu belasten als ohnehin schon. Vor allem die großen Gewerbetreibenden seien in der Lage mit der Situation entsprechend umzugehen und könnten die Möglichkeit in Betracht ziehen, Haan zu verlassen.

**Stv. Rehm** verweist nochmals auf die Probleme der Stadt bezüglich der Knappheit von günstigem Wohnraum.

**Stv. Stracke** führt aus, dass die Wohnraumsituation auch im Blick der Gewerbetreibenden ist, wenn diese entscheiden, wo sie sich ansiedeln. Die SPD-Fraktion werde einer Erhöhung der Grundsteuer auf 510% bei gleichzeitiger Anhebung der Gewerbesteuer auf 430% zustimmen, um die Belastung auf beide Bereiche zu verteilen. Er weist auch nochmal darauf hin, dass in Haan nicht ausschließlich reiche Personen wohnen würden. Es gäbe auch einen großen Teil, der nur wenig finanzielle Mittel zur Verfügung habe.

---

**Stv. Ruppert** stimmt den Ausführungen des Stv. Rehm insofern zu, dass man die Grundsteuer nicht jedes Jahr anheben könne. Er verweist jedoch darauf, dass die Gewerbesteuer in unmittelbarer Umgebung niedriger sei als in Haan. Zudem würden höhere Einnahmen nicht das Ausgabenproblem der Stadt bewältigen können.

**Stv. Lukat** merkt an, dass eine Steuererhöhung zum Ausgleich des Haushaltes ein recht unkreativer Vorschlag sei. Dies müsse immer das letzte Mittel sein. Die WLH-Fraktion sehe jedoch nicht, dass die Verwaltung ihr gesamtes Einsparpotenzial genutzt habe, beispielsweise bei der Instandsetzung von Gebäuden oder möglichen Einsparungen bei Reinigungsleistungen. Die WLH-Fraktion könne einem Haushalt mit Steuererhöhungen nicht zustimmen, es sei denn, es gäbe keine andere Möglichkeit. Hier sei dies jedoch nicht der Fall.

**StVD'in Abel** merkt an, dass die finanziellen Mittel für die Instandsetzung hauptsächlich die ehemalige Landesfinanzschule betreffen. Da das Land der Stadt bezüglich des Geländes der Landesfinanzschule nicht entgegenkomme und meistbietend veräußern möchte, werden die Instandhaltungsmittel in andere Immobilien fließen müssen, um ausreichend Wohnraum zur Verfügung stellen zu können.

**Stv. Lemke** erläutert, dass die kommunale Daseinsfürsorge wichtig sei und das Geld hierfür irgendwo herkommen müsse. Auch die CDU-Fraktion hätte sich diesbezüglich einen anderen Vorschlag der Verwaltung gewünscht. Der Antrag der GAL-Fraktion sei jedoch eine Kampfansage an die Gewerbetreibenden in Haan. Er gebe jedoch zu, dass es schwierig sei, zu entscheiden, wer stärker belastet werden soll, da durch die allgemeinen Preissteigerungen bereits alle gleichermaßen belastet seien. Es sei jedoch wichtig, den Haushalt heute zu beschließen, so dass die geplanten Projekte weiterlaufen können.

**Stv. Giebels** führt aus, dass es für beide Anhebungen gute Argumente gäbe. Der Stellungnahme der IHK könne er folgen. Kritik äußert er jedoch an der Stellungnahme der Kämmerin. Einige wenige, gutverdienende Einwohner in Haan würden die Statistik nach oben heben, so dass der Eindruck entstehe, in Haan würden überwiegend Gutverdiener leben. Dem sei jedoch nicht so. Einem Haushalt mit Steuererhöhungen könne auch er nicht zustimmen.

**Bgm'in Dr. Warnecke** unterbricht die Sitzung daraufhin von 20:43 Uhr bis 21:09 Uhr um den Fraktionen die Gelegenheit zu geben, sich bezüglich des Beschlussvorschlages der Verwaltung zu den Anhebungen der Gewerbe- und Grundsteuer auszutauschen.

Sie lässt im Anschluss an die Sitzungsunterbrechung über den Antrag der GAL-Fraktion, sowie einen Beschlussvorschlag zur Anhebung der Gewerbe- und Grundsteuer abstimmen.

#### **Abstimmungsergebnis zum Antrag der GAL-Fraktion:**

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 27 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

---

siehe hierzu auch TOP 27.2 und 27.3

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

18 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

---

**P03 – Antrag der WLH-Fraktion: Sportplatz Hochdahler Straße**

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

6 Ja / 27 Nein / 0 Enthaltungen

**7. Block: alle im Laufe der Haushaltsplanberatungen zurückgezogenen / zurückgestellten Anträge**

Hierzu liegen keine Anträge vor.

---

***Hinweis:** Der TOP 27 wurde nach Beratung aller weiteren Tagesordnungspunkte erneut zur Beschlussfassung der Haushaltssatzung der Stadt Haan für das Jahr 2024 aufgerufen. Im Protokoll ist dies jedoch zur besseren Lesbarkeit an dieser Stelle vermerkt.*

**Stv. Rehm** führt zum gesamten Haushalt aus, dass die GAL-Fraktion das ganze Jahr über Anträge gestellt habe, Kosten einzusparen. Als Beispiel verweist er hierzu auf den Antrag der GAL-Fraktion, das neue Rathaus im Technologiepark zu errichten. Diese wurden jedoch abgelehnt. Jetzt werde jedoch Kompromissbereitschaft verlangt. Die GAL-Fraktion werde dem Haushalt nicht zustimmen.

**StVD'in Abel** verliert im Anschluss die zu beschließende Haushaltssatzung und deren Änderungen zum Entwurf.

**Bgm'in Dr. Warnecke** lässt im Anschluss hierüber abstimmen.

**Beschluss:**

1. Die vorgelegten Einwendungen bezüglich der Elternbeiträge werden zur Kenntnis genommen. Ein Beschluss wird hierzu nicht gefasst.

2. Der am 24.10.2023 vorgelegte Entwurf der Haushaltssatzung 2024 nebst Anlagen wird unter Berücksichtigung der Beschlüsse zu den einzelnen Veränderungsanträgen beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

18 Ja / 14 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

**27. Haushaltsplanberatungen 2024; Umwelt und Mobilität**

**1./ Vorlage: 20/101/2023/1**

---

**Beschluss:**

Der TOP wurde gemeinsam mit TOP 27 beraten und beschlossen. Der entsprechende Beschluss ist daher unter TOP 27 aufgeführt.

**27. Hebesatzanpassung Gewerbesteuer**

**2./ hier: Antrag der GAL-Fraktion vom 06.02.2024**

---

**Beschluss:**

Der Gewerbesteuerhebesatz wird per 01.01.2024 auf 460 Prozentpunkte angehoben. Der § 1 der Satzung der Stadt Haan über die Erhebung der Grundsteuer und Gewerbesteuer wird entsprechend angepasst.

**Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich abgelehnt

5 Ja / 27 Nein / 0 Enthaltungen / 1 nicht teilgenommen

## **27. Hebesatzanpassung - Grundsteuer**

### **3./ Vorlage: 20/098/2023**

---

#### **Beschluss:**

§ 1 der Satzung der Stadt Haan über die Erhebung der Grundsteuer und der Gewerbesteuer (Hebesatz-Satzung) der Stadt Haan wird wie folgt geändert:

Die Steuersätze für die Realsteuern werden ab dem 1.1.2024 wie folgt festgesetzt:

#### **1. Grundsteuer**

- |  |              |
|--|--------------|
| 1.1 für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | auf 254 v.H. |
| 1.2 für die Grundstücke (Grundsteuer B)                              | auf 510 v.H. |

- |                                |              |
|--------------------------------|--------------|
| <b><u>2. Gewerbesteuer</u></b> | auf 427 v.H. |
|--------------------------------|--------------|

#### **Abstimmungsergebnis:**

mehrheitlich beschlossen

18 Ja / 13 Nein / 1 Enthaltung / 1 nicht teilgenommen

## **28./ Müllvermeidung - Wahlen 2025**

### **hier: Antrag der WLH-Fraktion vom 14.02.2024**

---

#### **Beschluss:**

Der Antrag wurde bereits in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses mit einem Arbeitsauftrag an die Verwaltung beschlossen. Ein erneuter Beschluss im Rat erfolgt daher nicht.

Der Arbeitsauftrag an die Verwaltung lautet wie folgt:

*„Die Verwaltung wird beauftragt, eine rechtliche Prüfung der Möglichkeiten der Plakatierungen zur Kommunalwahl 2025 vorzunehmen und aufzuzeigen, wie die Plakatierung möglichst müllvermeidend gestaltet werden kann.“*

**29./ Anzeige von Nebentätigkeiten gem. § 17 Abs. 2  
Korruptionsbekämpfungsgesetz  
Vorlage: 10/164/2024**

---

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Haan nimmt die Anzeige der Bürgermeisterin über ihre ausgeübten Nebentätigkeiten im Jahre 2023 zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

einvernehmlich

**30./ Neubesetzung von Ausschüssen**

---

**Beschluss:**

Dem vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion auf Neubesetzung von Ausschüssen vom 09.04.2024 wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

**31./ Beantwortung von Anfragen**

---

**Protokoll:**

**Stv. Lukat** bittet um Mitteilung des Sachstandes zu den Bearbeitungszeiten der Bauaufsicht.

**Bgm'in Dr. Warnecke** führt aus, dass derzeit lediglich ein fester Sachbearbeiter in der Bauaufsicht tätig sei, welcher durch eine Aushilfskraft aus Mettmann für 10 Stunden die Woche unterstützt wird.

**Stv. Rehm** verweist darauf, dass die Bauaufsicht auch hoheitliche und vor allem sicherheitsrelevante Prüfaufträge wahrnehme.

---

**Bgm'in Dr. Warnecke** erläutert, dass die sicherheitsrelevanten Prüfaufträge derzeit noch abgearbeitet werden können. Sie erläutert jedoch auch, dass, sollte kein neues Personal für die Bauaufsicht gefunden werden können, sich die Situation durchaus verschlechtern könne.

---

Weitere Anfragen liegen nicht vor.

## **32./ Mitteilungen**

---

### **Protokoll:**

Es liegen keine Mitteilungen vor.